

# Erste Lesung des Bundesteilhabegesetzes im Bundestag

190. Sitzung vom 22.09.2016 | 13:27:54 Uhr | Dauer: 01:24:29

Redner:

- Singhammer, Johannes, Bundestagsvizepräsident
- Nahles, Andrea, Bundesministerin für Arbeit und Soziales
- Werner, Katrin (Die Linke)
- Schiewerling, Karl (CDU/CSU)
- Ruffer, Corinna (B90/Grüne)
- Reimann, Dr. Carola (SPD)
- Freudenstein, Dr. Astrid (CDU/CSU)
- Tack, Kerstin (SPD)
- Schummer, Uwe (CDU/CSU)

## 13:28h; Andrea Nahles (SPD), Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Will mit dem BTHG einen Quantensprung schaffen.

*„Niemanden soll es mit dem BTHG schlechter gehen, im Gegenteil: den Meisten wird es besser gehen, dessen bin ich mir sicher“.*

Dafür werden 700 Mio€ zur Verfügung gestellt

Wo wird es einfacher?

- 1) Ein Antrag reicht!
- 2) Einkommen und Vermögen von Lebenspartnern werden nicht mehr herangezogen, auch für eigenes Vermögen oder Einkünfte wird der Spielraum größer
- 3) Neue Chancen auf Arbeit und auf dem Arbeitsmarkt, Abbau von Schranken zwischen Werkstatt und Arbeitsmarkt
- 4) Werkstätten: Werkstatträte, Frauenbeauftragte
- 5) Unabhängige Beratung, vor allem von Menschen mit Behinderung

Weniger behindern, mehr möglich machen

Werbung zur Vermittlung von Zuversicht statt dem Schüren von Ängsten. Es gibt viele Chancen, die wir nutzen sollten.

## 13:38h; Werner, Katrin (Die Linke)

Skizziert die Entwicklung des Gesetzes von Hoffnung und Einbeziehung zu Ernüchterung, Kritik, Wut.

Fordert öffentliche Sitzung des Petitionsausschusses (Verweis auf Petition Nancy Poser)

Beispiele zu befürchteten Einschnitten: Sehbehinderte; Schulintegration; Zwangspoolen

*„Teilhabeleistungen in die Hände von Sachbearbeiterinnen zu legen, die nach Ermessen oder nach Angemessenheit und dann sicherlich auch nach einem finanziellen Spielraum entscheiden, ob sie einem bedürftigen Menschen die ihm zustehende Leistung gewähren oder nicht, das darf es nicht geben“*

Appell an Regierungsparteien, an Frau Nahles, die Kritik zu hören, sich Zeit zu nehmen, ein gutes Gesetz zu machen.

*„nicht mein Gesetz“ (in Gebärdensprache)*

**13:48; Schiewerling, Karl (CDU/CSU)**

*„Das Thema eignet sich nicht zur Skandalisierung, weil Sie die Menschen in die Irre führen“*

Kein Spargesetz, Zusätzliche 700-800 Mio€, Entlastung der Kommunen um 5MjD€

Wer ist betroffen: 10 Mio. Menschen, die einen Schwerbehinderungsausweis haben, und ... Aufzählung von Behinderungen, Hilfebedarfen, Unterstützungsangebote – keine homogene Gruppe, dementsprechend viele Partikularinteressen. Die Aufgabe der Politik ist, dies zusammenzuführen.

Dank an BMS und LÖMö für sensible Erarbeitung, Verweis auf öffentliche Diskussion und die Wünsche die geäußert wurden und werden. Es werden – das ist normal – nicht alle Wünsche erfüllbar sein.

*„Keinem soll es schlechter gehen, sollte das Gesetz so sein, dass an irgendeiner Stelle Verschlechterungen auftreten werden wir uns das ansehen, und vielen wird es besser gehen. Und ich werbe sehr dafür: Um das Vertrauen, dass in diesem Hohen Hause niemand ein Interesse hat, dass es Menschen mit Behinderung schlechter geht. Wir wollen Integration und Teilhabe und dafür werden wir kämpfen“*

**13:55; Rüffer, Corinna (B90/Grüne)**

Setzt sich mit den Vorwürfen auseinander, die Opposition würde die Menschen mit Behinderung „auf die Bäume treiben“

Es geht nicht um Partikularinteressen – die Menschen haben sich zusammengeschlossen und 6 Kernforderungen aufgestellt. Diese sollten umgesetzt werden.

Nach viel Einbeziehung: das Vertrauen wurde verspielt, nun Stellungnahmen, Kritik, Demonstrationen.

Führt aus, warum zukünftig Menschen von der Hilfe ausgeschlossen werden: Erklärt die Systematik „5 aus 9“, Beispiel Psychische Behinderung, Spätestens nach „Bestandschutz“ wird es große Probleme geben. Zitat aus aktueller Stellungnahme des Deutschen Instituts für Menschenrechte: Vernichtende Kritik, durch 5aus9 wird Einspardynamik Tür und Tor geöffnet

Leistungseinschränkungen: Bsp: Umzug in Altenpflegeheime: Schutzmechanismen die derzeit verankert sind, werden gestrichen.

*„Und ich glaube nicht, dass ihnen irgendjemand hier ernsthaft zutraut, dass Sie so hart vorgehen. Und genau das nutzen Sie aus. Das Grundvertrauen der Menschen, dass sich der Staat mindestens um diejenigen gut kümmert, die am stärksten darauf angewiesen sind. Das ist schlicht eine Sauerrei“*

Erinnert an den Bericht der Vereinten Nationen vor einem Jahr: Zu viele Wohnheime, Förderung des selbständiges Wohnens. Vorrang der Pflege sehr problematisch.

**Zwischenfrage Wolf (SPD), daraufhin:**

- Deutung der 5MjD. – diese stehen nicht in Beziehung zur EGH
- Die 700 Mio€ werden größtenteils genutzt um die neuen Anrechnungsregeln zu refinanzieren.

Verweist daraufhin auf Ulla Schmidt, die geäußert hat, dass der §43a SGB XI verfassungswidrig ist.

**Zwischenfrage Birkwald (Linke):** zitiert aus Empfehlungen der Ausschüsse des Bundesrates:  
„Entlastung der Kommunen wird verfehlt, im Gegenteil werden die Kommunen belastet“

**Zwischenfrage Rawert (SPD):** Fr. Ruffer findet die Rückfrage wenig hilfreich

Dieses Gesetz wird keine inhaltlichen Lebensverhältnisse schaffen. Diese Herausforderung wird verfehlt. Appell insbesondere an der SPD, sich der Kritik anzunehmen.

**14:12; Reimann, Dr. Carola (SPD)**

Seit einem grundsätzlichen Wechsel der Behindertenpolitik im Jahr 1998 (Credits an Karl Hermann Haack, damals Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen) bis auf Ratifizierung UN-BRK kein Engagement des Gesetzgebers. Nun aber wird der Faden wieder aufgenommen.

Stellt die Verbesserungen hervor: Einkommensanrechnung, Verfahren der Leistungsträger, Unabhängige Teilhabeberatung. Transparenz und Einbindung in der Entwicklung des Gesetzes

Naturgemäß ist das Gesetz kompliziert, daher schrittweise Einführung, Jährlich 3 Mio € für Begleitung eingeplant. Vorwurf, dass die Opposition die – vielleicht nachvollziehbaren – Ängste der Betroffenen weiter schürt.

Bestandsschutz, Neue Zugangskriterien sind nötig! Keine Einschränkung geplant, daher wird die Regelung erst 2020 eingeführt.

Freut sich auf weitere – bitte sachliche – Beratung des Gesetzes.

**14:18h; Freudenstein, Dr. Astrid (CDU/CSU)**

Vorwurf an die Opposition, unnötige Schärfe in die Debatte zu bringen.

Ausgesprochen große Sache (700.000 Menschen mit EGH Bezug); Zählt die die Ziele des Gesetzes auf.

Warum es ist so schwierig, es geht um Geld, um sehr unterschiedliche Interessen, vieles wird aber besser werden

Begriff der Behinderung soll im Lichte UN-BRK neu definiert werden. 5aus9 ist heftig umstritten, das muss im Parlamentarischen Verfahren beachtet werden. Es hat noch Zeit (2020), aber es bestehen ja bereits Erfahrungen dass 5aus9 funktioniert.

Teilhabeplanung, zur Zeit wenig beachtet, ein großer Gewinn, insbesondere mit der Ergänzung der unabhängige Teilhabeberatung (Peer).

Budget für Arbeit, Finanzierungsmodell ab 2020 (Eigenbetrag Einkommen und Vermögen, ohne Einbeziehung Partner), Werkstattträte, Frauenbeauftragte, Komplexleistung Frühförderung, Modellvorhaben Prävention, ...

Schnittstelle EGH-Pflege: Teilhabeelemente in der Pflege machen Abgrenzung nötig: Weiß auch um die Befürchtung, dass junge Menschen in der Pflege landen. Wird klargestellt.

Poolen: Hier geht es um Zumutbarkeit und Zustimmung. Hier geht es nicht um das Wohnen (ins Gesetz schauen!). Das ist nicht die Absicht des Gesetzgebers!

**14:30h; Tack, Kerstin (SPD)**

Die Erwartung ist doch, dass wir fachlich, sachlich diskutieren.

Wir werden uns die Punkte noch mal ansehen.

*„Der 43a des SGB XI, der die pauschale Geldleistung für Menschen in vollstationären Einrichtungen regelt, gehört aus unserer Sicht mittelfristig einer Lösung zugeführt. Kurzfristig wollen wir eine Ausweitung nicht!“*

Wir gucken uns noch mal an: Hinreichende Erkenntnisse zu 5aus9 sammeln, Zielgruppe geistige Behinderung (Einkommen und Vermögen); Teilhabe an Bildung, Schwerbehindertenvertretung, Selbstverständlichkeit „wo ich leben will, da kann ich leben“

Freut sich auf die intensive, auch emotionale aber fachliche Debatten!

**14:35h; Schummer, Uwe (CDU/CSU)**

Beklagt sich über die Uneinigkeit der Opposition (Wer klatscht bei wem und bei was?)

**Zwischenfrage Rüffer (Grüne):** zu den 5 Milliarden Entlastung

Dazu: neben den 700 Mio. gibt es die 5 Milliarden in 2018 über Kosten der Unterkunft, Grundsicherung, Umsatzsteuerpunkte; da man in der Eingliederungshilfe nicht immer die Kommunen trifft. Nun muss darum gekämpft werden, dass die Erleichterungen der Kommunen auch in der EGH ankommt.

**Zwischenfrage Grellmann (Linke):** Benennt Kritikpunkte

Daraufhin: Beklagt sich, dass er mit seiner Rede nicht zu Zug kommt.

Führt detailliert und engagiert die Verbesserungen der Vermögens- und Einkommensanrechnung aus.

Erklärt den methodischen (System-)wechsel der Eingangsvoraussetzung in die EGH (Von Defizitorientierung zu Wechselwirkungsmodell) – sollte erst umgestellt werden, wenn gut erprobt.

Gemeinsame Leistungsgewährung: Zwangspoolen wird nicht passieren – das ist etwas was wir klarstellen werden.

Kostendynamik: Werkstattplätze, Psychische Behinderungen, daher Werkstattträte / Schwerbehindertenvertreter so wichtig; Freistellung und andere Verbesserungen für SB-Vertreter wird detailliert ausgeführt

*„Es ist kein Knopfdruck den wir jetzt haben: und ab Morgen: Bundesteilhabegesetz und die Welt ist schön. Aber es wird anders sein als 2001: Das SGB IX wurde formuliert und 15, 16 Jahre herrschte still ruhte der See. Jetzt wird ein Prozess gestartet“*

Der Prozess wird starten und auch in der nächsten Legislaturperiode weitergeführt werden.

**Zum Abschluss der Debatte: Singhammer, Johannes, Bundestagsvizepräsident**

Überweisung der Drucksache an die Ausschüsse wurde interfraktionell verabredet. Kein Widerspruch.

Die Überweisungen sind so beschlossen